Internet-Heisssporn

Nicole Philipp, Beat Mathys

Mit Evi Allemann (SP), Philippe Müller (FDP), Pierre Alain Schnegg (SVP) und Astrid Bärtschi (Mitte) treten vier der sieben Berner Regierungsmitglieder zur Wiederwahl an.

fragte sich: Warum nicht immer so?

Das Gegenstück zum Auftritt in der Kaserne sind seine Tiraden in den sozialen Medien. Da wettert er über Armeegegner, Asylunterstützerinnen, gegen alles, was ihm «woke» und subversiv erscheint – je pointierter der Gegner, desto giftiger Müller.

Der FDP-Politiker scheut keinen Disput. Er ist ein Impulsmensch. Vor allem, wenn ihm etwas nicht passt. Das macht ihn greifbar – und zur Reizfigur.

Auch in seiner zweiten Legislatur stürzte er sich mit Verve in die Kontroversen: Da war die Episode zum ESC, als er per Tweet eine Kandidatur der Bundesstadt torpedierte. Seine Forderung, «die Antifa» zu verbieten. Und immer wieder: Attacken gegen Medienschaffende nach Berichterstattung, die ihm nicht passte.

Unklar bleibt, welches Geplänkel seinem Temperament geschuldet und was Inszenierung war. Fakt hingegen ist: Manche mag der 62-Jährige verstimmen, die anderen holt er mit seiner Einer-der-sagt-was-er-denkt-Art ab.

Müllers fragwürdiger Umgang mit Kritik

Realpolitisch hält seine Bilanz wenig Überraschungen bereit. Unbestritten ist seine Rolle als Schutzpatron der Polizei: Er verantwortet die personelle Aufstockung sowie die Modernisierung von Ausbildung und Berufsbildern. Anlässlich der vielen Kundgebungen und der Gewalt einiger Demoteilnehmender stellte er sich kompromisslos hinter das Korps.

Zugleich bemühte er sich, den Druck auf den Strafvollzug zu senken. Bern baut unter seiner Ägide ein neues Gefängnis. Seine Containerlösung fürs überforderte Busseninkasso scheiterte hingegen im ersten Anlauf hauchdünn im Grossen Rat.

Rückschläge steckte er vor allem in Verwaltungsgeschäften ein: Das IT-Projekt Nevo/Rialto, das Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft digital verbinden sollte, musste er beerdigen – ein millionenteures Fiasko. Die Auslagerung des Strassenverkehrsamts lebt nur dank eines knappen Mehrs weiter.

Fehlendes Engagement kann man Müller nicht vorwerfen. Seinen Umgang mit Kritik an ihm oder seinen Leuten hingegen schon.

Es zeigte sich in der Verunglimpfung von Amnesty International, die er im Nachgang zur Gaza-Demo als «fast schon linksextrem» betitelte. Die NGO hatte die Verhältnismässigkeit des Polizeieinsatzes in Teilen hinterfragt. Deutlich wurde es auch im von ihm befeuerten Konflikt mit dieser Redaktion: Nach der Berichterstattung über eine Anhaltung vor der Heiliggeistkirche war Müller für eine «unabhängige Untersuchung». Nicht durch ein Gericht oder den Presserat, sondern das Parlament. Rechtsstaatlich bedenklich, aber Jurist Müller fand Gefallen daran, die vierte Gewalt einer politischen Kontrolle zu unterziehen.

Unvorteilhaft war seine Rolle in der Spesenposse, die ein Beitrag von SRF lostrat. Andere Regierungsräte hatten ebenfalls Kleinstbeträge abrechnen lassen; Müller aber interpretierte die Recherche als Kampagne gegen seine Person.

Der besonnene Auftritt in der Kaserne steht für einen Alltag, mit dem Philippe Müller regelmässig bricht. Zwischen realer politischer Arbeit und Online-Eskapaden in eigener Sache klafft eine Lücke, die er auch nach acht Jahren in der Regierung nicht schloss. Man möchte ihm zurufen: Mehr Kaserne, weniger X und Co. *(cef)*

Astrid Bärtschi (Mitte)

Die skandalfreie Steuersenkerin

Wofür steht eigentlich die kantonale Finanzdirektorin Astrid Bärtschi? Öffentlich eckt die Mitte-Regierungsrätin kaum an, Provokationen oder Populismus liegen ihr fern. Sie ist dossierfest, eine Politikerin, der es in der Diskussion um die Sache geht. Für die 51-Jährige fallen aber auch die Bezeichnungen «farblos» oder «technokratisch».

Tatsächlich ist sie keine grosse Gestalterin, was auch mit ihrer Direktion zusammenhängt. Wie viele andere Finanzdirektorinnen tritt sie nur dann in Erscheinung, wenn es darum geht, Geld zu verteilen oder zu streichen. Das ist während der Budgetdebatte der Fall. Gelegenheit, sich gegen aussen mit neuen Projekten in Szene zu setzen, gibt es kaum.

Beim Kernthema der Finanzen ist sie aktuell in einer komfortablen Lage, denn die Einnahmen sprudeln: Zusätzlich zum budgetierten Überschuss von 385 Millionen Franken kommt nun noch der Geldsegen von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) hinzu: 320 Millionen zusätzlich, zwei Prozent des Budgets. Diese Einnahmen waren nicht budgetiert.

Für Astrid Bärtschi kein Grund, die kantonalen Investitionen in Bildung und Klimaschutz zu erhöhen, wie es die links-grünen Parteien forderten. Auf solche Diskussionen lässt sich die Mitte-Politikerin nicht ein: Der Kanton Bern tue gut daran, die Ausgabenschleuse jetzt nicht einfach zu öffnen, betont sie dann. Diese Haltung ist typisch für Bärtschis Politik. Lieber weiter wie bisher, gemäss der Strategie. Emotionale Ausbrüche oder Kehrtwenden sind von ihr keine zu erwarten.

Fast stoisch zieht sie die Steuerstrategie des Kantons Bern durch. Auch wenn ausnahmsweise die Rechnung mal rot ist, wie 2024. Die Strategie sieht laufend Steuersenkungen vor, sowohl für private als auch für juristische Personen.

Damit sollen Firmen mit hohen Gewinnen im Kanton Bern nicht mehr den höchsten Gewinnsteuersatz in der Schweiz zahlen. Für viele Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor und deshalb ein ewiges Anliegen der Berner Wirtschaftslobby. Von der linken Seite erhält sie dafür Kritik, die im Rat jedoch meist ungehört verhallt. Auch in Zukunft dürften Steuersenkungen von ihr erwartet werden.

Eine nüchterne Finanzpolitikerin

Als Mitte-Politikerin gewählt, vertritt sie klar eine bürgerliche Politik. Als Regierungsrätin in der Mitte zwischen links und rechts könnte Bärtschi im Gremium eine entscheidende Rolle spielen und bei ausgewählten Geschäften mit ihren Ratsmitgliedern von Links-Grün eine Mehrheit bilden. Bärtschi betont, dass im Regierungsrat die Positionen nicht so klar zwischen rechts und links verlaufen, wie das von aussen wahrgenommen werde. Sie sieht ihre Rolle im Regierungsrat nicht als Zünglein an der Waage.

Manchmal kommt es jedoch vor, dass das bürgerlich dominierte Parlament Bärtschi mit Sparvorgaben unter Druck setzt. So geschehen beispielsweise bei einem Auftrag, eine mögliche Neuverschuldung des Kantons deutlich zu senken. Sie musste mangels Alternativen bei den Investitionen ansetzen.

Um das Ziel zu erreichen, war Bärtschi auch bereit, einen lange ausgehandelten Kompromiss zu opfern. Die Regierungsrätin brach ein Versprechen an die Region Emmental: die Verschiebung der Technischen Fachschule – sie ist bekannt als Lädere – von der Stadt Bern nach Burgdorf. Gerade in der betroffenen Region stiess sie damit auf emotionalen Widerstand. Plötzlich musste Astrid Bärtschi zu konkreten Folgen der restriktiven Finanzpolitik Stellung nehmen – nicht nur wie gewohnt gegen links, sondern auch gegen einzelne Bürgerliche aus der betroffenen Region. Ihre Vorschläge kamen im Parlament weitgehend durch. Die nüchterne Finanzpolitikerin hatte ihren Auftrag erfüllt. *(cse)*

Schwäbisbad: Stadt startet Sauna-Pilotprojekt im März

Thun Nur Mitglieder eines neuen Vereins werden als Test das Angebot nutzen können.

Gestern wurden die Saunazelte im Schwäbisbad aufgebaut. Vorne links das Nichtschwimmerbecken fürs Abkühlen. Foto: Beat Mathys

Das im Sommerhalbjahr äusserst beliebte Flussbad Schwäbis in Thun auch im Winter öffnen? Leider nein, hiess es vor einem Jahr seitens der Stadt als Antwort auf einen entsprechenden politischen Vorstoss. Das sei zu teuer, da diverse bauliche Massnahmen und Sicherheitsvorkehrungen notwendig wären. Zwölf Monate später werden im «Schwäber», wie das Bad im Volksmund genannt wird, Saunazelte aufgebaut. Was ist geschehen?

«Wir haben mit einem Spezialisten für Haftungsrecht abgeklärt, was es für eine Winteröffnung bräuchte», blickt der Thuner Bauvorsteher Reto Schertenleib (SVP) zurück. Dabei habe sich einerseits die Sicht der Stadt bestätigt: Das Schwäbisbad ist eine Sommeranlage, es gibt keine Heizung und kein fliessendes Wasser im Winter – beides wäre aber notwendig für die ständige Badeaufsicht, ohne die ein Winterbetrieb nicht möglich wäre. Also bräuchte es einen Umbau.

Andererseits hat das Gutachten aber eine zweite Möglichkeit zutage gebracht: dass nur ein Teil der Anlage benutzt wird und ein Verein die Verantwortung für den Betrieb und die Aufsicht übernimmt. Genau dies geschieht nun – die Stadt startet mit dem Verein Sauna Schwäbis ein Pilotprojekt von März bis April 2026.

Abkühlen nur im Nichtschwimmerbecken

Das Hauptgebäude des Bads bleibt dabei geschlossen. Benützen kann der Verein die Garderobe auf dem Inseli gegenüber dem Hauptgebäude. Bei dieser Garderobe werden auch die Saunazelte sowie mobile Toiletten aufgestellt. Im Nichtschwimmerbecken ist das Abkühlen nach dem Saunagang möglich. Der Rest der Aare bleibt hingegen ebenso wie etwa die Liegewiese oder der obere Teil der kleinen Insel aus haftungsrechtlichen Gründen tabu und wird räumlich abgetrennt.

Haftung und Verantwortung liegen beim Verein. Schertenleib betont: «Der Eintritt ist nur als Vereinsmitglied möglich, der Zugang wird kontrolliert.» In der Pilotphase sei zudem immer ein Vorstandsmitglied des Vereins vor Ort. Die Saunazelte werden durch das Thuner Unternehmen Summita hergestellt, welches Partnerin des Vereins ist. «Die Zelte lassen sich rasch auf- und abbauen und benötigen für das Saunieren nur wenig Energie», heisst es in der Medienmitteilung der Stadt vom Freitagmorgen.

Verein Sauna Schwäbis nimmt neue Mitglieder auf

«Wir sind derzeit vier Leute», sagt Laura Burns vom Verein Sauna Schwäbis – «Unternehmerinnen und Unternehmer, gesundheitsbewusste Leute, die fanden, dass ein solches Angebot in Thun fehlt.» Zudem sei das Flussbad einfach ein wunderschöner Ort, der bisher im Winter nicht genutzt werde.

Der Kontakt mit der Stadt kam laut Burns an der OHA im letzten Herbst zustande: Stadtpräsident Raphael Lanz sei ins Gespräch gekommen mit Michael Beyer von Summita. Laura Burns spricht von einer glücklichen Fügung. Und führt aus: «Die Stadt zeigte sich sehr offen – und so kam die Sache rasch ins Rollen.»

Während der Pilotphase nimmt der Verein ausschliesslich Personen auf, die den Gründungsmitgliedern bekannt sind, um in einem kontrollierten Rahmen Erfahrungen zu sammeln. Für alle anderen sollen Mitgliedschaften ab Oktober möglich sein.

«Wir hoffen, dass wir jetzt bei möglichst vielen Leuten Interesse wecken können», sagt Vereinsmitglied Burns. Man rechne aktuell mit einem Beitrag von 50 Franken pro Saisonmitgliedschaft – zusätzlich werde für jeden Saunagang ein kleiner, variabler Betrag pro Person erhoben, um die Betriebskosten zu decken.

Künftig fix von Oktober bis April?

Für die Stadt löse das Pilotprojekt keine Kosten aus, erklärt Gemeinderat Reto Schertenleib: «Wir stellen einfach die Infrastruktur zur Verfügung.» Nach zwei Monaten folge eine Analyse der Pilotphase – es werde sich zeigen, ob es eine genügend grosse Nachfrage gebe und wo allenfalls noch Handlungsbedarf bestehe.

«Wir sind sehr offen dafür, den Winterbetrieb von Oktober bis April fix zu etablieren», sagt der Thuner Bauvorsteher. So könne das Flussbad Schwäbis auch im Winter zu einem attraktiven Begegnungs- und Erholungsort der Stadt Thun werden. Denkbar sind laut Schertenleib künftig bis zu vier Saunazelte – und ein elektronischer Zutritt für die Vereinsmitglieder.

Michael Gurtner

saunaschwaebis.ch